Spätes Begräbnis

Zum 19. Jahrestag des Massakers von Srebrenica konnten bosnische Familien vergangene Woche endlich ihre ermordeten Angehörigen auf dem Gedächtnisfriedhof im Dorf Potočari beisetzen. Erst jetzt wurden 173 Opfer aus 60 Massengräbern identifiziert. Die Horden des bosnischen Serbengenerals Ratko Mladić hatten am 11. Juli 1995 bis zu 8000 muslimische Jungen und Männer umgebracht. hzu

Humanitäre Hilfe

„Es geht auch um eigene Interessen“

Andrea Binder, 34, stellvertretende Direktorin des Global Public Policy Institute in Berlin, über das wachsende Engagement von Schwellenländern bei der Versorgung von Menschen in Kriegen oder nach Katastrophen

SPIEGEL: Welches Land fällt denn neuerdings durch besondere Großzügigkeit auf?
Binder: Die Türkei hat sich 2012 zum viertgrößten Geber weltweit in der humanitären Hilfe entwickelt. Sie beherbergt fast eine Million syrische Flüchtlinge, gibt Geld für Burma und Somalia. Premier Recep Tayyip Erdogan ist sogar mal nach Mogadischu geflogen – das war ein Medienereignis.
SPIEGEL: Welches politische Motiv steht dahinter?
Binder: Humanitäre Hilfe ist ein gutes Mittel, um als internationaler Akteur positiv wahrgenommen zu werden, da geht es immer auch um eigene Interessen. So wird der World Humanitarian Summit 2016 in Istanbul stattfinden.
SPIEGEL: Ist denn die Hilfe von China, Brasilien, Indien oder Saudi-Arabien anders als die des Westens?
Binder: Diesen Ländern ist es wichtig, die Souveränität der betroffenen Staaten zu betonen, sich also nicht in deren innere Angelegenheiten einzumischen. Auch den Begriff Hilfe empfinden sie als herablassend und sprechen von Kooperation.
SPIEGEL: Chinas Investitionen in Afrika dienen aber auch dazu, sich selbst Ressourcen zu sichern.
Binder: Ja, Peking engagiert sich eher langfristig als beim akuten Einsatz in Konfliktregionen. Dort gerät man schnell in den Verdacht, sich nur für eine Partei einzusetzen. Die Chinesen sind lieber bei der Hilfe nach Naturkatastrophen dabei. Denn da können sie auch von internationalen Partnern lernen. China ist oft selbst betroffen, und die Regierung wird danach bewertet, wie gut sie dem eigenen Volk helfen kann. Das verschafft Legitimation.
SPIEGEL: Welche Rolle spielen private Spender in der humanitären Hilfe?
Binder: Deren Anteil steigt weltweit, wobei in Deutschland die Spendenbereitschaft relativ gering ist im Vergleich zu muslimischen Ländern. Dort wird Wohltätigkeit auch als religiöse Pflicht begriffen, und über Fernsehgalas kommt viel Geld zusammen. sas

FOTOS: DADO RUVIC / REUTERS (O.); MATTHIAS ERFURT (U.)

Iran

Spannungen unter den Verhandlern

Eine pünktliche Einigung in den Wiener Nuklearverhandlungen mit Iran bis zur festgesetzten Frist am 20. Juli wird immer unwahrscheinlicher. Innerhalb der Verhandlergruppe haben sich in den vergangenen Wochen die Spannungen verschärft. Während die USA, Frankreich, Großbritannien und Deutschland eine harte Linie verfolgen, haben Russland und China für Zugeständnisse gegenüber Iran geworben. Anders als von iranischer Seite dargestellt, gibt es offenbar bislang auch keine verbindliche Absprache beim Schwerwasserreaktor in Arak. Allerdings könnte man sich wohl auf eine Veränderung des Baus mit einer reduzierten Plutoniumproduktion einigen. Auch die Probleme mit der unterirdischen Anlage bei Fordo sind nicht unüberwindbar. Die größten Meinungsverschiedenheiten kreisen um die Zentrifugen, mit denen Iran Uran anreichert. Während der Westen diese auf wenige Tausend begrenzen möchte, besteht Iran auf einer fünfstelligen Zahl. Die Verhandlungsparteien haben bereits einen Abkommenstext weitgehend ausformuliert, inklusive einer Präambel. Intern haben die Iraner erklärt, falls die Verhandlungen über den 20. Juli hinaus fortgesetzt würden, erwarteten sie die Lockerung weiterer Sanktionen. hst

Frankreich

Straflose Freier

Das neue Prostitutionsgesetz könnte nun doch ohne die viel diskutierten Geldstrafen beschlossen werden. Nach dem Willen der Regierung und der Nationalversammlung sollten Freier eigentlich mit einer Strafe von 1500 Euro belegt werden. Doch vergangene Woche hat die zuständige Senatskommission die entsprechende Passage aus dem Gesetzestext gestrichen. Sie könnte zwar theoretisch von einer Mehrheit der Senatoren wieder eingefügt werden. Auch in der Regierung schwindet jedoch das Interesse an dem heiklen Thema. Zwar hatte Frauenministerin Najat Vallaud-Belkacem leidenschaftlich für die Strafen gekämpft – mit den Argumenten, sie dienten der Eindämmung des Menschenhandels und Frauen prostituierten sich immer nur unter Zwang. Aber eine gesellschaftliche Debatte darüber gab es nicht, und in Umfragen äußerte sich stets eine klare Mehrheit gegen die geplanten Strafen. Die Regierung sah sich darüber hinaus dem Vorwurf ausgesetzt, sie kümmere sich um Fragen der Moral, anstatt die auf Rekordhöhe gestiegene Arbeitslosigkeit anzugehen. Der neue Premierminister Manuel Valls hatte sich noch als Innenminister skeptisch zu den Plänen geäußert. mvr

Ministerin Vallaud-Belkacem

Spanien

Chinatown in Madrid

Während viele Lateinamerikaner, Osteuropäer und Nordafrikaner in den Jahren der Finanz- und Wirtschaftskrise Spanien verlassen haben, sind immer mehr Chinesen eingewandert. Ihre Zahl hat sich seit 2004 auf 185 250 verdreifacht. Chinesen stellen die fünftgröße Zuwanderergruppe. Besonders in Metropolen wie Madrid und Barcelona beherrschen sie bereits den Großhandel mit unschlagbar niedrigen Preisen. Das Viertel Usera und das Industriegebiet in Fuenlabrada südlich der Hauptstadt sind zu Chinatowns geworden. Viele Chinesen verlassen wegen prekärer Lebensbedingungen ihre Heimat. Andere kaufen besonders gern Läden und Hotels pleitegegangener Einheimischer auf. Dort lassen sie ausschließlich ihre Landsleute arbeiten. Auch verkaufen und konsumieren sie vornehmlich Waren, die sie aus Fernost einführen. Reiche Chinesen lockt neuerdings auch das Versprechen einer Aufenthaltsgenehmigung nach Spanien, wenn sie mindestens eine halbe Million Euro investieren. Gerade hat der reichste Mann Chinas, der Immobilienmagnat Wang Jianlin, für 265 Millionen Euro eines der Wahrzeichen Madrids an der Plaza de España erworben. Das Hochhaus aus den Fünfzigerjahren sollen Stararchitekten zum Einkaufszentrum mit Hotel und 300 Luxusapartments umbauen. hzu

Chinesenviertel südlich von Madrid

FOTOS: BRUNO LEVY / DIVERGENCE / STUDIOX (O.); GETTY IMAGES (U.)